

Grundzüge einer Nachhaltigkeitsstrategie für Brandenburg

Dr. Albert Statz

**Mitglied des Beirates für Nachhaltige Entwicklung und
Ressourcenschutz des Landes Brandenburg**

**Vortrag auf der gemeinsamen Sitzung der
Ausschüsse Umwelt und Energie der IHK's Brandenburg
am 26. März 2009**

Der Vortrag stellt die persönliche Meinung des Verfassers dar und ist nicht formell im Beirat abgestimmt.

Die Notwendigkeit einer Landesstrategie

- Brandenburg trägt zu den globalen Herausforderungen bei und steht in der Verantwortung.
- Spezielle Probleme Brandenburgs müssen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gelöst werden.
- Die Strategien der EU und der Bundesregierung müssen auch in den Ländern umgesetzt werden.
- Die Lokale Agenda 21 bedarf der Unterstützung durch die Landesregierung.
- Die Metropolregion Berlin-Brandenburg muss sich am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung orientieren.

Aufgaben des Beirats für nachhaltige Entwicklung und Ressourcenschutz

- Beratung der Landesregierung
- Unterstützung der Kommunikation zwischen Öffentlichkeit, Wissenschaft, Politik und Verwaltung
- Förderung der öffentlichen und fachlichen Diskussion über Ziele und Kriterien nachhaltiger Entwicklung in Brandenburg
- Mitwirkung am Entwurf einer Landesnachhaltigkeitsstrategie

Die Arbeit des Beirates

- Geschäftsstelle im MLUV
- Berufung der 25 Mitglieder am 19. März 2007
- Arbeit in Arbeitsgruppen
- Verabschiedung von Stellungnahmen und Empfehlungen, u.a.
 - Energiestrategie Brandenburgs
 - Grüne Gentechnik
 - Klimapolitik (in Vorbereitung)
- Vorlage eines Konsultationspapiers für eine Landesstrategie
- Öffentliche Konferenz am 29. Juni 2009
- Vorlage Gesamtberichts über die Tätigkeit im September 2009

Das Konsultationspapier des Beirats

- Der Beirat wirkt an einer Landesstrategie mit: er kann Empfehlungen geben, die Führungsrolle der Politik aber nicht ersetzen.
- Mit dem Konsultationspapier ergreift er die Initiative für eine öffentliche Diskussion.
- Er hat in Anknüpfung an die Strategien der Bundesregierung und der EU die Anforderungen an einen Nachhaltigkeitsprozess formuliert.
- Dies soll den Boden für die Verabschiedung einer Strategie in der kommenden Wahlperiode bereiten.

Kernpunkte des Verständnisses von Nachhaltigkeit

- Orientierung heutiger Politik daran, die Befriedigung der Bedürfnisse künftiger Generationen nicht zu gefährden
- Bekämpfung von nicht-nachhaltigen Trends
- Identifizierung des Beitrags der drei Dimensionen Ökologie, Ökonomie und Kultur/Soziales zur Problemlösung
- Veränderung nicht nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster
- Gesellschaftliche Verankerung und Führungsrolle des Staates

Anforderungen an eine nachhaltige Politik

- Formulierung eines Leitbildes für alle Politikbereiche
- Schrittweise Überwindung des nicht integrierten Ansatzes bei der Politikgestaltung
- Verankerung von Managementregeln und Prüfverfahren
- Steuerung der Politik durch konkrete Ziele, verbindliche Zeithorizonte und regelmäßiges Monitoring
- Gesellschaftliche Partizipation bei der Formulierung und Umsetzung

Schwerpunktthemen für eine Strategie Brandenburgs

- Der Beirat identifiziert inhaltliche Querschnittsthemen.
- Er stellt dabei konkrete Probleme, Anknüpfungspunkte und mögliche Lösungswege zur Diskussion.
- Die Schwerpunktthemen sind
 - Energie und Klimawandel
 - Demografischer Wandel: Perspektiven für Stadt und Land
 - Wandel der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitswelt in der Metropolenregion Berlin-Brandenburg
 - Wandel der Kulturlandschaft und ressortübergreifender Natur- und Umweltschutz
 - Bildung für nachhaltige Entwicklung

Wichtige Beispiele für die ökonomische Dimension

- Klima- und Energiepolitik: Förderung Erneuerbarer Energien sowie die Rolle der Braunkohle und der CCS-Technologie
- Demografischer Wandel: bedarfsgerechte und effektive Sicherung der für die Daseinsvorsorge nötigen Infrastrukturen
- Wirtschaftsstruktur Brandenburgs: innovative Förderstrategien, die die Stärken der urbanen und ländlichen Räume integriert, die Potentiale nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen nutzt und die Gemeinsame Landesplanung an Nachhaltigkeits-Maßstäben ausrichtet.
- Stärkung sozialer und ökologischer Unternehmensverantwortung (CSR)

Schlussfolgerung: der besondere Charakter nachhaltiger Politik ...

- Politik wird nicht von den Interessen, sondern von den Herausforderungen und Aufgaben her bestimmt.
- Ökologie, Ökonomie und Soziales stehen nicht als drei „Säulen“ der Nachhaltigkeit nebeneinander.
- Vielmehr müssen diese drei „Dimensionen“ bei der Lösung politischer Probleme integriert werden.
- Es geht also nicht um reine Interessenvertretung, sondern um den Beitrag zur Problemlösung.
- Gegenwärtige Strukturen und Interessen müssen sich an ihrer „Zukunftsfähigkeit“ messen lassen.

... stellt eine Herausforderung an alle Beteiligten dar

- Notwendig ist eine wissenschaftliche Analyse der Probleme, ihrer Ursachen und Lösungsmöglichkeiten.
- Maßstab für die Nachhaltigkeit von Entscheidungen sind Vorsorgeprinzip, Risikominimierung und Zukunftsoffenheit.
- Die beteiligten Interessen müssen offengelegt werden.
- Zielkonflikte müssen politisch diskutiert und demokratisch entschieden werden.
- Notwendig ist eine öffentliche politische Diskussion mit allen Betroffenen.